

Chance für Kleingärten (neues deutschland)

Andreas Fritsche



Foto: Ulli Winkler

»Berlin wird grau, Stadtgrün now« rufen die 42 Männer, Frauen und Kinder, die sich am Donnerstagmorgen an der Autoeinfahrt zum Roten Rathaus postiert haben. Sie stellten Pflanzen auf – Tomaten, Kohl und andere Setzlinge.

Ihre Kundgebung zielt auf den Kleingartenentwicklungsplan 2030 aus dem Haus vom Umweltsenatorin Regine Günther (Grüne), der an diesem Donnerstag beim Rat der zwölf Bezirksbürgermeister auf der Agenda steht. Für Empörung sorgt dabei, dass in den kommenden zehn Jahren mindestens 473 Kleingärten beispielsweise für Schulen und Verkehrsprojekte geopfert werden sollen. Dabei wurde errechnet, dass die Hauptstadt mit gegenwärtig 70 953 Parzellen wegen des Bevölkerungswachstums und der großen Nachfrage eigentlich noch 1900 Parzellen zu wenig hat.

nd-Kompakt

Unser täglicher Newsletter **nd-Kompakt** bringt Ordnung in den Nachrichtenwahnsinn. Sie erhalten jeden Tag einen Überblick zu den spannendsten Geschichten aus der **Redaktion** - und das jeden Abend schon um 19.30 Uhr. [Hier das kostenlose Abo holen.](#)

Die Wartelisten sind lang. 14 000 Bewerbungen liegen vor. Doch pro Jahr werden lediglich 3100 Parzellen durch die bisherigen Pächter abgeben und damit frei. In dieser Situation schmerzt jeder einzelne Kleingarten, der künftig nicht mehr zur Verfügung stehen soll.

Dazu zählen 19 Parzellen in der Kleingartenkolonie Am Stadtpark I in Berlin-Wilmersdorf. Sie sollen der Erweiterung der Wangari-Maathai-Schule weichen. Die Gartenvereinsvorsitzende Gabriele Gutzmann ist mit einem Protestschild zum Roten Rathaus gekommen, für das sie ein Zitat der nigerianischen Umweltschützerin Wangari Maathai (1940-2011) ausgewählt hat. Die erste afrikanische Frau, die den Friedensnobelpreis erhielt, hatte formuliert: »Natur wird immer noch für selbstverständlich gehalten. Doch wenn sie zerstört wird, stirbt das Leben selbst. Überall geben Politiker Kurzfristigem Vorrang vor Langfristigem.«

Gutzmanns Mitstreiter Torsten Löhn vom Vorstand der Kleingartenkolonie Bornholm II in Prenzlauer Berg verliert schließlich die Forderungen. Dazu gehört, »dass Kleingartenflächen auch für wichtige Infrastrukturprojekte wie Schulen nicht leichtfertig und ohne genaue Prüfung von bereits versiegelten Alternativflächen geopfert werden«.

Ein Radfahrer kommt angestrampt und ruft aufgeregt, man stehe hier falsch, die Politiker würden vorn den Haupteingang nehmen. Er habe gerade Berlins Regierenden Bürgermeister Michael Müller (SPD) die Treppe hinaufsteigen sehen. Torsten Löhn und ein paar andere wollen hinlaufen, werden aber von einem Polizist gestoppt. Die Kundgebung ist für die Autoeinfahrt angemeldet und darf nicht einfach verlegt werden. »Der Regierende Bürgermeister wird nie da reingehen, wo sie demonstrieren. Das ist seine Art«, verrät der Polizist. »Wenn sie hier stehen, wird er vorn reingehen, wenn sie vorn stehen, dann hier.«

Komplett falsch steht die Kundgebung dann aber doch nicht. Immerhin passieren einige Dienstwagen die Einfahrt. Manche Chauffeure setzen die Politiker auch davor auf der Straße ab. Einer der Herren lächelt freundlich und schüttelt ermunternd die Faust zur Melodie des Liedes, dass die Demonstranten gerade singen. Einem anderen versucht eine Kundgebungsteilnehmerin ein Flugblatt in die Hand zu drücken. Doch der Mann beachtet sie kaum und läuft an ihr vorbei.

Der drohende Verlust von 473 Parzellen hört sich angesichts von insgesamt fast 72 000 Parzellen erst einmal nicht dramatisch an. Doch habe Berlin seit den 1950er Jahren rund die Hälfte seiner Kleingartenflächen verloren, sagt Michael Matthei, Präsident des Landesverbandes der Gartenfreunde. »Immer mit der Begründung, es seien ja nur ein paar. Wir brauchen die jetzt für Straßen, Wohnungen, Gewerbe oder dergleichen.« Irgendwann wäre aber nichts mehr da. Matthei ist bewusst, dass Flächen knapp sind in der Metropole. »Aber brauchen wir überdimensionierte Straßenzüge?« Anstatt für ebenerdige Autostellplätze würde der Präsident der Gartenfreunde immer für Parkhäuser plädieren, deren Dächer begrünt werden könnten.

Das Besondere an der Kundgebung: Gartenfreunde protestieren zusammen mit der Landesarbeitsgemeinschaft Naturschutz, der Umweltorganisation BUND, dem Netzwerk Urbane Gärten und anderen. Einst verfolgten sie unterschiedliche Interessen. Nun wachsen sie im Kampf um das Stadtgrün zusammen. Michael Matthei ist zuversichtlich, dass sich noch etwas ändern lässt am Kleingartenentwicklungsplan.

Sogar die Bezirksbürgermeister hat er am Donnerstag auf seiner Seite. Diese verschieben ihr Votum auf den Juni. Bemängelt wurde die mangelnde Beteiligung von Verbänden wie den Gartenfreunden, erklärt Lichtenbergs Bezirksbürgermeister Michael Grunst (Linke). Sie sollen nun angehört werden. Grunst persönlich missfällt auch die

angepeilte Begrenzung der Parzellengröße auf maximal 250 Quadratmeter. Er selbst ist in einem Garten von 400 Quadratmetern groß geworden, den seine Eltern gepachtet hatten. Gern würde er heute selbst einen Kleingarten haben. Doch der Beruf lasse ihm nicht die Zeit dazu, bedauert Grunst. Er sagt: »Politisches Ziel muss es sein, Kleingärten zu erhalten und neue zu schaffen.«